



Niederschrift

Sitzung Ausschuss für öffentliche Einrichtungen
16. April 2024, 16:30 Uhr
öffentlich
Großer Sitzungssaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzende: Bürgermeisterin Bettina Lisbach

Punkt 1 der Tagesordnung: Einführung des Ersthelfersystems "Region der Lebensretter" in Karlsruhe

Antrag: FDP

Vorlage: 2024/0031

Die Vorsitzende begrüßt Herrn Maximilian Kässinger für den DRK Kreisverband Karlsruhe e. V.

Stadtrat Thomas H. Hock (FDP) führt aus, dass Notfallpatient*innen nicht im Rettungswagen oder der Klinik sterben, sondern in der Zeit zwischen Ereignis und Eintreffen des Rettungsdienstes. Der Rettungsdienst benötigt im Stadtkreis sieben Minuten bis zum/zur Patient*in, im Landkreis deutlich länger. Karlsruhe weist seit Jahren die in Baden-Württemberg schlechteste Hilfsfrist auf. Es gibt circa 150 reanimationspflichtige Patient*innen pro Jahr in Karlsruhe. Die Eintreffzeit von App-alarmierten Ersthelfer*innen liegt beim/ bei der Notfallpatient*in im Schnitt bei drei bis vier Minuten, also wesentlich früher als der Rettungsdienst. In Karlsruhe gibt es eine Vielzahl von in Reanimation ausgebildete Menschen in verschiedensten Bereichen. Die Affinität dieser Menschen zur direkten Hilfe im Notfall ist sehr hoch. Erfahrungsgemäß registrieren sich sehr viele Menschen bei der Ersthelfer App; der erste Einsatz erfolgt meist nur Stunden oder Tage nach der Installation. Die Ersthelfer-App ist in keiner Weise als Konkurrenz zu bestehenden Systemen (zum Beispiel Helfer-Vor-Ort-System) zu sehen, sondern ergänzt diese. Bei den Kosten für die Installation gibt es noch eine Diskrepanz zwischen die durch ihn ermittelnden und die durch die Verwaltung dargestellten Zahlen, er folgt aber nun den Zahlen der Verwaltung. Die Folgekosten sind minimal, der Betreiber ist ein gemeinnütziger Verein. Das Innenministerium hat die medizinische Notwendigkeit von Ersthelfer-Apps erkannt und diese als verpflichtend in den aktuellen Entwurf des Rettungsdienstgesetzes aufgenommen. Die Krankenkassen haben signalisiert, sich an den Kosten für Ersthelfer-Apps zu beteiligen. Die „Region der Lebensretter App“ hat die größte Verbreitung in Deutschland und ist schon in mehr als der Hälfte der 35 Rettungsdienstbereiche in Baden-Württemberg in Betrieb. In diesem Jahr kommen noch weitere Bereiche hinzu. Er wirbt für die Einführung der App in Karlsruhe.

Stadträtin Christine Großmann (GRÜNE) verweist auf eine bereits gestellte Anfrage beziehungsweise einen bereits gestellten Antrag der Grünen-Fraktion zu diesem Thema. Sie ist ebenfalls der Meinung, dass es sich um eine sehr sinnvolle Einrichtung handelt, die sehr

viele Leben retten kann. Es gibt auch viele Beispiele aus dem privaten Umfeld, bei denen Ersthelfer*innen jemanden retten konnten. Unabhängig von den ermittelten Zahlen und eventuelle Diskrepanzen ist es wichtig, dass das Konzept gemeinsam mit dem Landkreis weiterverfolgt und letztendlich auch umgesetzt wird.

Stadträtin Bettina Meier-Augenstein (CDU) erläutert, dass das Thema auch in der Presse bereits präsent war. Die CDU-Fraktion erachtet die App als sinnvolles System. Es wird gebeten, Gespräche mit dem Landkreis weiter zu führen, da nur ein gemeinsames Vorgehen Sinn macht. Die in der Vorlage genannten Schritte sollten nun so bearbeitet werden. In der weiteren Konsequenz muss geprüft werden, wie Mittel dazu in den Haushalt eingestellt werden können. Dies wird aber noch nicht als nächster Schritt gesehen, zunächst sollten die Gespräche geführt und juristische Fragen geklärt werden.

Stadtrat Michael Zeh (SPD) findet die App sinnvoll und bittet um zügige Aufnahme der Gespräche mit dem Landkreis. Er kennt den Entwurf des aktuellen Rettungsdienstgesetzes noch nicht, hofft aber, dass sich das Land an den Kosten beteiligt nach dem Motto „Wer bestellt bezahlt“. Es sind keine Mittel im Haushalt vorhanden, die entscheidende Kostenfrage wird die Ausstattung der Helfer*innen sein. Sobald das Rettungsdienstgesetz novelliert ist, soll in die Umsetzung gegangen werden.

Stadtrat Oliver Schnell (AfD) und seine Fraktion befürworten die Einführung einer Ersthelfer-App. Er weist auf den zusätzlichen Aspekt hin, dass auch der Rettungsdienst dadurch entlastet werden kann. Er findet es positiv, dass der Antrag bereits Vorschläge zur Finanzierung enthält.

Stadträtin Karin Binder (DIE LINKE.) sieht trotz der Kosten den Sinn und Nutzen eines solchen Systems. Sie geht davon aus, dass jeder Mensch, der einen Führerschein gemacht hat, grundsätzlich die Qualifikation zum Ersthelfenden hat. Sie wundert sich deshalb, warum so wenig Wert auf eine fortlaufende Qualifizierung gelegt wird. Sie wundert sich weiter, warum die Krankenkassen nicht stärker in die Finanzierung einsteigen. Sie regt an, neben den Gesprächen mit dem Landkreis auch Gespräche mit den Krankenkassen zu führen, da auch diese von reduzierten medizinischen Folgekosten profitieren. Sie bittet auch noch weitere Möglichkeiten zur Mitfinanzierung zu prüfen.

Die Vorsitzende betont, dass die Verwaltung das System grundsätzlich positiv bewertet, dass es aber, auch nach Abstimmung mit dem DRK, einer gewissen Mindestqualifikation der Ersthelfer*innenbedarf, insbesondere da eine womöglich weniger gute Qualifizierung gegenüber dem Helfer-Vor-Ort-System schwer darstellbar wäre. Sie betont, dass die Verwaltung die Kosten nochmals angepasst hat. Diese hängen auch maßgeblich davon ab, ob sich Ehrenamtliche finden, die das Projekt engagiert begleiten. Das Thema wurde auch bereits im Bereichsausschuss für den Rettungsdienst diskutiert. Es zeichnet sich keine Finanzierung durch die Krankenkassen ab, auch nicht bei einer Novellierung des Rettungsdienstgesetzes. Es ist also damit zu rechnen, dass die Kosten vollumfänglich von der kommunalen Ebene zu tragen sind. Im Rahmen der Bearbeitung der Stellungnahme zum FDP-Antrag fand bereits eine erste Abstimmung mit dem Landkreis statt. Es wird beobachtet, welche Aussagen das Rettungsdienstgesetz enthalten wird. Die Verwaltung kommt im Rahmen der Haushaltsberatungen 2026 / 2027 mit einem „Update“ in dieser Angelegenheit erneut auf den Gemeinderat zu.

Stadtrat Thomas H. Hock (FDP) möchte den Antrag im Gemeinderat behandelt haben.

Florian Geldner, Leiter der Branddirektion, bittet den Ausschuss darum, bei Einführung des Systems auch die erforderlichen (personellen) Ressourcen zusätzlich zur Verfügung zu stellen, da sowohl der Rettungsdienst als auch die Integrierte Leitstelle bereits jetzt voll ausgelastet sind.

Maximilian Kässinger, DRK Kreisverband Karlsruhe e.V., betont, dass die Sinnhaftigkeit eines solchen Systems aus Sicht des Rettungsdienstes überhaupt nicht in Frage zu stellen ist. Es wird auch nicht als Konkurrenz gesehen, da ein anderer Teil der Rettungskette betrachtet wird. Er weist darauf hin, dass bei der Kostenermittlung zur Einführung einer solchen App unter anderem auch ein Posten für die psychosoziale Nachsorge aufgenommen wurde, da Ersthelfer*innen mit zum Teil schlimmen Situationen konfrontiert werden und diese bewältigen müssen. Dies geht aus den Erfahrungen des Rettungsdienstes mit den Notfallhilfen hervor. Er ergänzt zudem, dass der aktuelle Entwurf des Rettungsdienstgesetzes die Ersthelfer-Apps auch weiterhin nicht dem Rettungsdienst zuordnet. Dadurch übernehmen die Krankenkassen keine Kosten.

Beschluss:

Die Verwaltung behält das Thema im Blick und führt Gespräche mit dem Landkreis. Der Antrag wird nochmals im Gemeinderat aufgerufen.

gez. Bettina Lisbach
Bürgermeisterin

gez. Florian Geldner, Branddirektion
Protokollführer